

Factsheet Klimaschutz

Infos für die Tatort-Aktionen (Juni 2019)

(Stand Mai 2019)

Warum ruft Campact dazu auf, vor Ort Klimaschutz-Aktionen zu organisieren?

Im Oktober 2018 vermeldete der Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change): **Uns bleiben nur noch zehn Jahre, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.**[1] Doch seitdem tut die Bundesregierung: Nichts! Die Klimaziele für 2020 werden krachend verfehlt, der Kohleausstieg kommt viel zu spät, ein Klimaschutzgesetz wird verschleppt, ein CO₂-Preis zerredet, Maßnahmen für Klimaschutz gar nicht erst vorgelegt.

Die Regierung vertrödelt die Chance, der Klimazerstörung noch etwas entgegen zu setzen. Immer mehr Menschen wollen das nicht hinnehmen. **Mit Aktionen im ganzen Land sind wir Teil der einer Bewegung, die sich mit friedlichen Protesten, Schulstreiks, zivilem Ungehorsam und an den Wahlurnen für Klimaschutz einsetzt - und damit für eine lebenswerte Zukunft.**

Warum finden die Aktionen an CDU/CSU-Büros statt?

Ob bei den Erneuerbaren Energien, im Verkehr oder in der Landwirtschaft - seit Jahren blockiert oder verzögert die Union wichtige Maßnahmen zum Klimaschutz. Das Ergebnis: Deutschland verfehlt seine Klimaziele für 2020 krachend![2]

Selbst jetzt, da die Folgen des aufgeheizten Klimas hierzulande spürbar werden, handelt die Union nicht. Der Wirtschaftsflügel torpediert das im Koalitionsvertrag angekündigte Klimaschutzgesetz, einen CO₂-Preis kanzelt CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer als Idee für Denkfaule ab, und Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) zetert gegen alles, was für Klimaschutz im Verkehrssektor sorgen könnte. **Bleibt die Union bei ihrer Blockade, steuert sie uns sehenden Auges in die Klimakatastrophe.**

Der Koalitionsvertrag verspricht 2019 ein Gesetz zum Klimaschutz - was ist damit gemeint?

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU/CSU und SPD verpflichtet, **2019 ein Gesetz zu verabschieden, um die Klimaziele für 2030 zu erreichen.**[3] Dazu sind faktisch mehrere Gesetze notwendig: Zunächst ein **Rahmengesetz**, das die Klimaziele verbindlich festschreibt und regelt, wer für ihre Erreichung und Überwachung verantwortlich ist. Im nächsten Schritt müssen **Einzelgesetze** konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz (z. B. ein

Verbot von Verbrennungsmotoren oder ein Gesetz zum Kohleausstieg) festschreiben, durch die die vorgeschriebenen Klimaziele erreicht werden.

Einen Vorschlag für das Rahmengesetz hat Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) Anfang März vorgelegt. Darin werden Klimaziele für 2030 festgeschrieben und die nötigen CO₂-Einsparungen auf die einzelnen Sektoren verteilt (Verkehr, Energie, Industrie, Gebäude und Landwirtschaft). Das Gesetz legt fest, dass die zuständigen Ministerien für die Erreichung der Ziele zuständig sind und regelt, wie die jährlichen Einsparungen überwacht werden.

Die zuständigen Minister Andreas Scheuer (CSU, Verkehr) und Horst Seehofer (CSU, Bau) haben jedoch bisher keine Maßnahmen vorgelegt, um die Klimaziele in ihren Sektoren zu erreichen.

Was steckt hinter dem “Klimakabinett” der Bundesregierung?

Im “Klimakabinett” sollen sich die Minister*innen für Umwelt, Verkehr, Bau, Wirtschaft und Landwirtschaft auf ein Vorgehen beim Klimaschutz verständigen, auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Finanzminister Olaf Scholz (SPD) sitzen mit am Tisch. Das Gremium hat aber vor allem eine verzögernde Wirkung: Statt im März sollen nun erst Ende Mai Vorschläge für Klimaschutz-Maßnahmen der Ministerien beraten werden, eine gesetzliche Einigung im Kabinett ist erst für Ende 2019 anvisiert. Da entsprechende Gesetze danach noch im Bundestag und Bundesrat debattiert werden müssen, kommt ein Klimaschutzgesetz frühestens 2020.

Dass Klima-Blockierer wie Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), Horst Seehofer und Andreas Scheuer erst durch Intervention der Kanzlerin gezwungen werden, sich mit Klimaschutz auseinander zu setzen, ist beschämend. Und weil die Klima-Bummler aus der Union im Kabinett in der Überzahl sind ist unwahrscheinlich, dass die Ergebnisse ausreichend ambitioniert sein werden.

Welche Maßnahmen zum Klimaschutz sind bisher geplant?

Bisher ist gibt es allein für den Energiesektor einen Fahrplan zum Klimaschutz: den Vorschlag der Kohle-Kommission für einen **Kohleausstieg, der 2038 um Jahre zu spät kommt**.^[4] Für den Energiebereich gilt außerdem, wie für weite Teile der Industrie, dass ihre Emissionen durch den Handel mit Emissions-Zertifikaten in Europa (ETS) gesteuert und - wenn auch langsam - gesenkt werden.^[5] Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat eine Reihe von Einzelmaßnahmen vorgeschlagen, die den CO₂-Ausstoß in der Landwirtschaft reduzieren könnten. Verkehrsminister Andreas Scheuer und Bauminister Horst Seehofer haben bisher keine Maßnahmen vorgelegt, mit denen sie die Emissionen in ihren Sektoren ausreichend senken können.

Im Rahmen des Klimakabinetts sollen alle Minister nun bis zum 29. Mai Maßnahmen für ihre Sektoren vorschlagen.^[6] Sobald wir diese vorliegen haben und bewerten konnten, werden wir unsere Informationen entsprechend ergänzen. Allerdings gilt: **Bisher orientieren sich die Maßnahmen an den Zielen des Klimaschutzplanes 2050**, den CO₂-Ausstoß bis 2030

um 55 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren und 2050 weitgehend CO₂-neutral zu sein. **Doch diese Ziele müssen dringend nachgeschärft werden. Mittlerweile ist klar: Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, müsste Deutschland schon 2035 CO₂-neutral sein!**[7]

Welche Rolle kann eine CO₂-Abgabe für den Klimaschutz spielen?

Wissenschaftler, Ökonomen, Umweltschützer und Wirtschaftsvertreter fordern schon lange: CO₂ muss einen Preis bekommen. Tatsächlich könnte eine Abgabe auf CO₂, die auf alle fossilen Brennstoffe (wie Benzin, Diesel, Heizöl und Kerosin) erhoben wird, einen Anreiz für Industrie und Verbraucher bieten, Emissionen zu reduzieren.

Allerdings gilt: **Um ungerechte Mehrbelastungen sozial Schwacher zu vermeiden, müsste eine CO₂-Abgabe sozial abgefedert sein**, etwa durch eine Klima-Dividende, die an alle Bürger*innen ausgezahlt wird. Und damit eine CO₂-Abgabe die gewünschte Lenkungswirkung entfaltet, muss sie hoch genug angesetzt werden - und auf bis zu 200 EUR pro Tonne CO₂ steigen.[8] Konkret heißt das: Bei einem CO₂-Preis von 45 EUR/t CO₂ würde ein Liter Benzin gut 10 Cent teurer, bei 125 EUR/t CO₂ etwa sind es rund 30 Cent.[9] Allerdings ist auch klar: Eine CO₂-Abgabe steuert lediglich den Preis, nicht die Menge CO₂, die ausgestoßen wird. Diese ist aber entscheidend. **Auch eine ausreichend hohe, sozial verträgliche CO₂-Abgabe müsste also mit anderen Maßnahmen flankiert werden, um die Klimaziele sicher zu erreichen.**

Warum ist es wichtig, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen?

Im Vertrag von Paris hat sich Deutschland dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf "deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad" zu begrenzen. **Würde sich die Erde um 2°C statt um 1,5°C erwärmen, hätte dies dramatische Auswirkungen**; so wären wohl bis zu zehn Millionen Küstenbewohner*innen mehr vom katastrophalen Anstieg des Meeresspiegels betroffen, es würde zu deutlich mehr Dürren kommen - und auch die letzten Korallenriffe würden zerstört werden.[10]

Die Erwärmung könnte Kipppunkte des globalen Klimasystems auslösen, die den Klimawandel noch einmal beschleunigen (zum Beispiel das großflächige Austreten von klimaschädlichem Methan aus auftauenden Permafrostböden) - und große Teile unseres Planeten unbewohnbar machen würden.[11] Doch noch gilt: **Die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5°C ist technisch und wirtschaftlich noch möglich.** Das befand der Weltklimarat IPCC in einem Sonderbericht im Oktober 2018. Allerdings sind dazu "rasche, weitreichende und beispiellose Veränderungen" nötig.[1]

Die Klimazerstörung hat globale Ursachen - was kann Deutschland dagegen tun?

Weil Klimaschutz eine globale Aufgabe ist, ist das Abkommen von Paris so wichtig. 2015 haben sich fast alle Staaten dazu verpflichtet, die Erderwärmung zu begrenzen. Diese

internationale Vereinbarung hat aber nur Bestand, wenn alle Staaten ihren vereinbarten Beitrag leisten. **Halten selbst große, wirtschaftsstarke Länder wie Deutschland ihre Verpflichtung nicht ein, werden andere Länder nachziehen. Dann ist die Klimakatastrophe nicht mehr aufzuhalten.**

Deutschland hat seinerzeit mit der Energiewende die Grundlage für den weltweiten Aufschwung der Erneuerbaren Energien gelegt. **In Zeiten von Donald Trump und Jair Bolsonaro braucht es wieder Vorreiter beim Klimaschutz.** Und nicht zuletzt aus Gründen der Gerechtigkeit sollte Deutschland, das in der Vergangenheit massiv zur Erderwärmung beigetragen hat, eine Schlüsselrolle beim Kampf gegen die **Klimazerstörung einnehmen.**

Mit welchen Maßnahmen kann Deutschland seine Klimaziele erreichen?

Weil Klimaschutz eine komplexe, sektorübergreifende Aufgabe ist, gibt es nicht den einen Weg, die Emissionen zu reduzieren. Es müssen dazu eine Reihe von Maßnahmen ineinander greifen - Vorschläge dafür liegen bereits lange auf dem Tisch.[12, 13] Dazu zählen etwa

- gesetzlich festgeschriebene **Sektorziele**, um den Ausstoß von CO₂ zu deckeln
- ein **rascherer Kohleausstieg** und der massive Ausbau **Erneuerbarer Energien**
- eine **Verkehrswende**, die öffentliche Verkehrsmittel und sauberen Verkehr fördert - und schmutzige Benziner und Dieselaautos rasch von den Straßen holt
- verpflichtende Maßnahmen und Förderung für die energetische **Sanierung von Gebäuden** - und ambitionierte Vorgaben für Neubauten
- eine **Agrarwende**, die Böden schützt, den Einsatz von Dünger einschränkt und die Tierhaltung begrenzt
- **Abgaben auf fossile Brennstoffe**, um die Folgekosten des CO₂-Ausstoßes einzupreisen
- Maßnahmen, um die **Energieeffizienz** von Produkten und industriellen Prozessen zu steigern

Die bis in die Mitte der Gesellschaft reichenden Proteste der #FridaysForFuture-Bewegung zeigen: **Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt für die notwendige Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft.** Letztendlich muss Deutschland diesen Weg beschreiten, denn das Klima verhandelt nicht. Wer diesen Umbau verzögert, erhöht die Kosten - und gefährdet unsere Zukunft.

Was muss die Union jetzt tun?

Die Union muss ihre Klimaschutz-Blockade aufgeben - und endlich damit anfangen, Lösungen umzusetzen. Konkrete Vorschläge liegen seit langem auf dem Tisch - nun ist es Zeit, zu Handeln!

- Der Bundestag muss noch **2019 ein Klimaschutzgesetz verabschieden**, das als Rahmengesetz verbindliche Klimaziele festlegt und die Überwachung dieser Ziele regelt.

- Die Bundesregierung muss die nationalen **Klimaziele aus dem “Klimaschutzplan 2050” verschärfen**, um sie in Einklang mit dem Ziel zu bringen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Deutschland muss dazu spätestens 2035 klimaneutral sein.
- Die Bundesregierung muss **aufhören, das Problem zu verschleppen und Maßnahmen ergreifen**, um diese Ziele auch sicher zu erreichen. Zahlreiche Vorschläge - vom CO2-Preis über den Ausbau der Erneuerbaren bis zu Gebäudesanierung und Verkehrswende - liegen auf dem Tisch und müssen endlich umgesetzt werden.

Warum finden nicht auch Aktionen bei der SPD statt?

Richtig ist: Auch die SPD hat den Klimaschutz lange verschleppt - zum Beispiel beim Thema Kohleausstieg. Doch zuletzt hat sich die SPD hinter den Vorstoß von Umweltministerin Svenja Schulze zu einem Klimaschutz-Gesetz gestellt, die Partei unterstützt einen CO2-Preis und sucht in dieser Sache den Konflikt mit den Blockierern in der Union. Ob die SPD sich wirklich für das Klima einsetzt, wird sich im Herbst zeigen, wenn beide Parteien eine Halbzeitbilanz der Regierung ziehen. **Ist bis dahin keine Einigung mit der Union möglich, müsste die SPD die Koalition beenden - wenn sie es mit dem Klimaschutz ernst meint.**

Quellen

- [1] *IPCC-Sonderbericht 1,5°C globale Erwärmung*, 14. November 2018. Deutsche Zusammenfassung hier: https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_IPCC_SR15.pdf
- [2] *Klimaschutzbericht 2018*, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Februar 2019.
- [3] *“Ein neuer Aufbruch für Europa”*, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, S. 143.
- [4] *“Zerreißprobe für Klimaschützer”*, die tageszeitung, 27. Januar 2019.
- [5] *“Der Europäische Emissionshandel”*, Umweltbundesamt, 30. August 2018.
- [6] *“Klimaschutz: Minister sollen bis Ende Mai Vorschläge liefern”*, Tagesspiegel, 10. April 2019.
- [7] *“1,5° C: Was Deutschland tun muss”*, Studie des New Climate Institute, März 2019.
- [8] *“Energiesteuern klima- und sozialverträglich gestalten”*, CO2 Abgabe e. V., 2019.
- [9] *“Eine Neuordnung der Abgaben und Umlagen auf Strom, Wärme, Verkehr”*, Agora Energiewende 2018.
- [10] *“Why Half a Degree of Global Warming is a Big Deal”*, New York Times, 7. Oktober 2018.
- [11] *“Der Planet schlägt zurück”*, derFreitag, 29/2017.
- [12] *Maßnahmenprogramm Klimaschutz 2030 der deutschen Zivilgesellschaft*, November 2018.
- [13] *“15 Eckpunkte für das Klimaschutzgesetz”*, Agora Energiewende, Mai 2019.

Weitere Informationen auf www.campact.org/klima2019